



FAQ zur EOK-Förderperiode 2023-2025

Stand: März 2023

Inhaltsverzeichnis

FAQ zur EOK-Förderperiode 2023-2025	1
Inhaltsverzeichnis	1
1. Zentralstellenverfahren	2
2. Zielgruppe und Teilnehmende der EOK	3
3. Lehr- und Informationsmaterialien	5
4. Finanzierung	5
5. Sonstiges	7

1. Zentralstellenverfahren

- Bis wann müssen die Bundesländer ihren Träger-Vorschlag an das Bundesamt melden? Wer wird Zentralstelle in den einzelnen Bundesländern?

Die Bundesländer haben ihren Trägervorschlag bis Ende 2022 an das Bundesamt gemeldet. Das Bundesamt befindet sich nun in Abstimmung mit den künftigen Zentralstellen. Sobald die jeweilige Förderung final abgestimmt ist, werden die Institutionen und Ansprechpersonen über www.bamf.de/eok-traeger kommuniziert. Die Zentralstellen werden nach aktueller Planung zum 01.04.2023 ihre Arbeit aufnehmen.

- Wie viel Unterstützung erhalten die zukünftigen Zentralstellen vom Bundesamt hinsichtlich der Prozessgestaltung zwischen Zentralstelle und Kursträgern (Vorlagen, Vorgehensweise, Merkblättern etc.)?

Die Unterstützung durch das Bundesamt wird engmaschig sein: Es wird thematisch strukturierte Veranstaltungen zum Onboarding für die Zentralstellen geben sowie bei Bedarf auch bilaterale Rücksprachen. Außerdem stellt das Bundesamt den Zentralstellen eine schriftliche Zusammenstellung wichtiger Informationen zur Verfügung (Leitfaden für EOK-Zentralstellen).

- Wie funktioniert der Übergang von der „alten“ EOK Förder-, Antrags- und Realisierungsstruktur mit dem Bundesamt als zentralem Ansprechpartner zu den neuen Zentralstellen in den Bundesländern? Wie erfolgt die Akquise von Kursträgern durch die Zentralstelle? Wie erfolgt die Verteilung der geplanten Kurse auf die einzelnen Kursträger (Bestehende Träger sind bereits organisiert, sie möchten ihre Kursanzahl weiterhin halten)?

Die Förderung der bisherigen Kursträger über das Bundesamt endet zum 30.06.2023. Ab dann ist in allen Bundesländern die jeweilige Zentralstelle die Hauptansprechstelle rund um die Beantragung, Umsetzung und Abrechnung der EOK. Die Akquise der Kursträger und die Verteilung der EOK obliegen den Zentralstellen. Das genaue Verfahren erfolgt hierbei bundeslandspezifisch und bedarfsorientiert. Die Zentralstellen agieren immer vor dem Hintergrund der jeweiligen Haushaltssituation. Etwaige Schwankungen des Fördervolumens zwischen den einzelnen Förderjahren haben ggf. Auswirkungen auf die Anzahl an realisierbaren EOK pro Bundesland.

- Ist bei einer evtl. Verzögerungen bei der Einführung des Zentralstellenverfahrens ggf. eine Übergangsregelungen angedacht?

Es ist bereits eine Übergangsphase eingeplant, indem die neuen Zentralstellen idealerweise zum 01.04.2023 ihre Arbeit aufnehmen, der Kursbetrieb aber in der Regel erst zum 01.07.2023 über die Zentralstellen startet, da bis dahin noch die alte Trägerstruktur über das Bundesamt gefördert wird.

- Was wird sich an der Abrechnung mit der neuen Zentralstelle ändern? Wie genau müssen z.B. Belege aufbewahrt, eingescannt oder weitergegeben werden?

Die Hauptansprechstelle für die Abrechnung bzw. Vorlage der Zwischen- und Verwendungsnachweise der Kursträger ist ausschließlich die Zentralstelle. Die Zentralstelle wird in

den individuellen Weiterleitungsvereinbarungen mit den Kursträgern die jeweilige Vorlagemodalitäten fixieren. Die Aufbewahrungsfristen der Belege gemäß ANBest-P bleiben weiterhin bestehen.

2. Zielgruppe und Teilnehmende der EOK

- Wie soll die Zusammensetzung der Teilnehmenden aussehen? Was bedeutet es, dass die EOK laut Förderrichtlinien vorrangig für Schutzsuchende gedacht sind?

Vorrangig bedeutet, dass sich das Angebot in erster Linie an Schutzsuchende richtet, z.B. indem die Kurse in Asylunterkünften angeboten werden oder sich Werbemaßnahmen insbesondere an diese Zielgruppe wenden. Wenn nachrangige Zielgruppen (z.B. EU-Zugewanderte) Interesse an einer Teilnahme zeigen und Kursplätze vorhanden sind, spricht aber nichts gegen eine Teilnahme. Zu beachten ist die Zielgruppenregelung laut EOK-Förderrichtlinien (Punkt 2.4).

- Sichere Herkunftsländer sind jetzt nicht mehr von einer Teilnahme ausgeschlossen?

Das ist richtig. Personen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern steht die EOK-Teilnahme offen.

- Besitzen Jugendliche in Aufnahmeeinrichtungen ein Zugangsrecht zum EOK, wenn sie noch nicht schulpflichtig sind?

Schulpflichtige sind von einem EOK ausdrücklich ausgeschlossen. Bei Kindern und Jugendlichen, die „noch“ nicht schulpflichtig sind, ist in Erfahrung zu bringen, wann die Schulpflicht eintreten wird und ob tatsächlich der Bedarf an einem niederschweligen Einstiegs- und Orientierungsangebot auf Basis des EOK-Konzepts besteht, das sich per se an Erwachsene richtet. Zudem ist zu berücksichtigen, wie lange die jeweilige Person – bis zum Eintreten der Schulpflicht – einen EOK voraussichtlich besuchen würde und ob der Kursplatz nicht sinnvollerweise an eine Person ohne Möglichkeit eines künftigen Regelschulbesuchs vergeben wird.

- Dürfen Geduldete bzw. abgelehnte Asylsuchende, die nicht abgeschoben werden, einen EOK besuchen?

Sie gehören nicht zur primären Zielgruppe der EOK, die aktuellen EOK-Förderrichtlinien schließen eine Teilnahme dieser Personengruppen jedoch nicht aus.

- Worin unterscheiden sich die Zielgruppen des Integrationskurses und EOK?

Rein rechtlich sind die Unterschiede der Zielgruppen von Integrationskurs und EOK gering. Abweichungen ergeben sich bspw. dadurch, dass

- zum Integrationskurs innerhalb der Gruppe an geduldeten Personen lediglich Personen mit einer Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 zugelassen werden können (siehe § 44 AufenthG, Abs. 4.2), die EOK-Förderrichtlinien diese Einschränkungen jedoch nicht vornehmen.
- Personen möglichst zeitnah nach Einreise an einem EOK teilnehmen sollen und dies ggf. auch

bereits dann möglich ist, wenn – anders im Falle des Integrationskurses – noch kein Nachweis einer gültigen Aufenthaltsgestattung (siehe § 44 AufenthG, Abs. 4. 1) nach § 55 Abs. 1 AsylG vorliegt.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass primäre Zielgruppe der EOK Schutzsuchende sind. Andere Personen können nachrangig, d.h. im Falle vorhandener Plätze und bei Bedarf an einem niederschwelligen Einstiegs- und Orientierungsangebot an einem EOK teilnehmen. Für Schulpflichtige ist eine Teilnahme ausgeschlossen.

- Ist es im Interesse des Bundesamts, dass nun alle Schutzsuchenden, für die es formal möglich ist, einen Zulassungsantrag für einen Integrationskurs stellen? Falls nicht: Wer soll keinen Antrag stellen und vorrangig einen EOK besuchen? Wer vorrangig einen Integrationskurs? Wie sollen Träger hier zukünftig verfahren?

Grundsätzlich gilt, dass der Integrationskurs Vorrang vor dem EOK hat. Das heißt: Voraussetzung für einen EOK-Besuch ist in jedem Fall, dass die Teilnahme an einem Integrationskurs aus rechtlichen, tatsächlichen oder individuellen Gründen (noch) nicht möglich ist.

- Ist ein besonderer Nachweis notwendig, wenn Teilnehmende zum gegebenen Zeitpunkt nicht an einem Integrationskurs teilnehmen können (aber rechtlich eigentlich dürften)?

Nein. Aktuell ist kein derartiger Nachweis erforderlich.

- Was muss beachtet werden, wenn die Teilnehmenden bereits an einem Integrationskurs teilgenommen, aber abgebrochen haben (bspw. aus Gründen wie Überforderung o.ä.) und nun aus individuellen Gründen lieber einen EOK besuchen möchten?

Für derartige Fälle gibt es keine Formalitäten, die beachtet werden müssen. Im Sinne der Teilnehmenden sollten aber die Gründe für den Integrationskursabbruch eruiert und Möglichkeiten des Wiedereinstiges erörtert werden. Grundsätzlich gilt, dass der EOK kein gleichgestelltes Alternativangebot zum Integrationskurs darstellt.

- Gilt auch (weiterhin) als Teil der „tatsächlichen Gründe“, dass Teilnehmende am EOK trotz Integrationskurszulassung teilnehmen dürfen, wenn sie keinen freien Platz im Integrationskurs finden?

Ja. Ist der Zugang zum Integrationskurs noch nicht möglich, so kann diese Person einen EOK besuchen. Allerdings ist zu beachten, dass der EOK an sich nicht als Überbrückungsmaßnahme gedacht ist, sondern das Kurskonzept eine spezifische Bedarfslage adressiert. So richtet sich der EOK in erster Linie an Personen mit dem Wunsch nach einem niederschwelligen Einstiegs- und Orientierungsangebot. Ggf. kann es also sinnvoll sein, Personen mit Integrationskurs-Zugang und -Eignung dahingehend zu beraten, gewisse Wartezeiten bis zum Start eines Integrationskurses in Kauf zu nehmen, anstatt die Zeit mit einem für sie wenig passgenauen EOK zu überbrücken. In Zeiten knapper Haushaltsmittel kommt es mehr denn je darauf an, die vorhandenen EOK-Plätze möglichst bedarfsorientiert zu vergeben.

- Welche „individuellen“ Gründe gelten bzgl. der EOK-Teilnahme?

Die Gründe können ganz vielfältig sein. In der Praxis hat sich gezeigt, dass der EOK vor allem für Personen ohne institutionelle Bildungserfahrung ein geeigneter Einstieg in ein gesteuertes Lernangebot sein kann. Darüber hinaus kann eine EOK-Teilnahme beispielsweise bei Personen sinnvoll sein, für die aufgrund traumatischer Erfahrungen oder Lebensumstände der Integrationskurs (vorerst) nicht in Frage kommt. Auch Personen, bei denen noch nicht klar ist, inwiefern sie in Deutschland bleiben werden, kann es naheliegend sein, (zunächst) einen EOK zu besuchen. Die eben genannten Gründe sind exemplarisch zu verstehen. In der Praxis können regelmäßig weitere individuelle Gründe zum Tragen kommen.

3. Lehr- und Informationsmaterialien

- Ab wann stehen der überarbeitete Flyer und das neu erarbeitete Poster zur Verfügung?

Die Werbe- und Informationsmaterialien stehen voraussichtlich im Frühling 2023 zur Verfügung. Diese werden über www.bamf.de/eok-traeger kostenfrei bestellbar sein.

- Wird die EOK-Handreichung noch einmal als Print- und Online-Version zur Verfügung gestellt werden?

Die Printversion ist seit Kurzem wieder über die BAMF-Webseite in einer Neuauflage bestellbar. Die EOK-Handreichung steht zudem auch online zur Verfügung, ergänzt um eine Vielzahl an Zusatzmaterialien. Näheres zur Bestell- und der Downloadmöglichkeit findet sich unter <https://www.bamf.de/eok-traeger>.

- Wo finden sich die neuen EOK-Förderrichtlinien?

Die neuen Förderrichtlinien 2023-2025 sind zu finden unter www.bamf.de/eok-traeger.

4. Finanzierung

- Warum sind die Mittel für die laufenden EOK auf die Hälfte der Bewilligung von Beginn 2022 begrenzt worden?

Insbesondere durch zusätzlich bereitgestellte Mittel zur Bewältigung der unmittelbaren Auswirkungen des Ukrainekriegs war es im Jahr 2022 möglich, EOK in erheblich größerem Umfang als im Jahr 2021 anzubieten. Mit den vom Deutschen Bundestag beschlossenen Haushaltsmitteln wurde die ursprüngliche Finanzplanung aus dem Haushaltsjahr 2022 weitestgehend für das Jahr 2023 fortgeschrieben.

- Gibt es noch kurzfristig Möglichkeiten einer „Querfinanzierung“, also z.B. in dem Fall, dass nicht alle EOK-Träger ihre Fördermittel für das erste Halbjahr 2023 ausschöpfen wollen?

Wenn Mittel einzelner EOK-Träger frei werden sollten, dann ist geplant, sie innerhalb des EOK-Programms umzuverteilen. Derzeit liegen dem Bundesamt keine Erkenntnisse dazu vor, dass dies im größeren Umfang der Fall sein wird.

- Woher weiß das BAMF, wie viele Kurse gebraucht werden bzw. welches Fördervolumen nötig ist?

Die Verteilung der Mittel erfolgt auf Grundlage des Mittelbedarfs der einzelnen Träger in den letzten Projektjahren. Der voraussichtliche Kursbedarf wird von den Trägern bei der Antragsphase mitgeteilt, und während der Abstimmungsphase mit dem Bundesamt – auf Grundlage der verfügbaren Mittel – fixiert.

- Ist es möglich, eine Liste mit den Obergrenzen für Ausstattungsgegenstände (Ausstattungsgegenstände bis zu 800,00 Euro) zu erhalten? Einige Kosten für diese Gegenstände sind stark gestiegen (bspw. Flipchart), sodass eine Übersicht der Obergrenzen hier sehr hilfreich wäre.

Das Bundesamt stellt den Zentralstellen eine derartige Übersicht zur Verfügung. Sie wird Teil der schriftlichen Zusammenstellung wichtiger Informationen sein, welche die Zentralstellen erhalten (Leitfaden für EOK-Zentralstellen).

- Kurskosten (5.3.i): Gilt die Pauschale von 20.000 Euro für die Beantragung der Mittel für Kurse seitens der Zentralstelle? Wir verstehen das so: Kursdurchführende Träger beantragen Gelder von der Zentralstelle und können 20.000 Euro pauschal pro Kurs abrechnen, müssen aber nicht.

Die Zentralstelle kann bei Beantragung ggü. dem Bundesamt pauschal 20.000 Euro pro Kurs ansetzen. Wie die Kursträger die Mittel bei der Zentralstelle beantragen (pauschal oder spitz), entscheidet die Zentralstelle. Die Abrechnung der Ausgaben erfolgt in jedem Fall beleggestützt. Eine pauschale Abrechnung der Kursausgaben ist daher nicht möglich. Die einzelnen abrechnungsfähigen Ausgaben der Kursträger sind in den Förderrichtlinien unter Punkt 5.3 i. (Kurskosten) beschrieben.

- Sehe ich es richtig, dass die 5 % Verwaltungskostenpauschale nun ohne die Maßnahmekosten berechnet wird und wenn ja warum?

Bei der Berechnung der Verwaltungskostenpauschale in Höhe von max. 5 % der Gesamtausgaben werden die Kurskosten (vgl. Förderrichtlinien unter Punkt 5.3 i) nicht berücksichtigt, da diese Ausgaben ausschließlich bei den Kursträgern angesiedelt sind.

- Wie ist die Finanzierung von technischen Endgeräten für das Virtuelle Klassenzimmer angedacht? Sollen diese durch die Zentralstelle oder durch die jeweiligen Kursträger umgesetzt werden?

Ausgaben für mobile Endgeräte inkl. Zubehör zur Durchführung der Kursanteile im Virtuellen Klassenzimmer (vgl. Förderrichtlinie Punkt 5.3 f) werden direkt von der Zentralstelle beim Bundesamt beantragt. Wie der Gerätepool innerhalb des Bundeslandes verwaltet wird, entscheidet die Zentralstelle.

- Wo ist der Haushaltsplan für die EOK und die Verteilung auf die Bundesländer veröffentlicht?

Der Bundeshaushaltsplan für das Jahr 2023 findet sich auf der Homepage des Bundesministeriums der Finanzen (<https://www.bundeshaushalt.de/DE/Download-Portal/download-portal.html>). Die Höhe der veranschlagten EOK-Mittel ist im Kapitel 0603 Titel 684 14 dokumentiert. Die Verteilung der verfügbaren Haushaltsmittel auf die einzelnen Bundesländer erfolgt bedarfsbezogen und u.a. unter Berücksichtigung des Königsteiner Schlüssels.

- Welche Ausgaben der Kursträger zur Umsetzung der Kurse sind förderfähig?

Die förderfähigen Ausgaben der Kursträger sind in den Förderrichtlinien unter Punkt 5.3 i. (Kurskosten) geregelt, darunter z.B. Personalausgaben für Lehrkräfte bzw. Honorare sowie Maßnahmekosten.

- Inwiefern wird der bei den Kursträgern entstehende Personalaufwand gefördert? Wie rechne ich die Personalkosten meiner festangestellten Mitarbeitenden und die von der Koordination ab, wenn die Abrechnung pro Kurs erfolgt?

Kursträger können weiterhin Personalausgaben für Koordinierungs- und administrative Verwaltung geltend machen (vgl. Förderrichtlinien unter Punkt 5.3 i). Der geförderte Stellenanteil richtet sich hierbei nach der Anzahl der durchzuführenden EOK. Der Umrechnungsschlüssel wird den Zentralstellen rechtzeitig vom Bundesamt mitgeteilt (Leitfaden für EOK-Zentralstellen). Die genauen Beantragungs- und Abrechnungsmodalitäten legt die jeweilige Zentralstelle fest.

5. Sonstiges

- Betrifft die Laufzeit von drei Jahren nur die Förderrichtlinien oder auch die Förderphase (ursprünglich 5 Jahre angekündigt)?

Die ursprünglich geplanten 5 Jahre konnten nicht wie angedacht realisiert werden. Die EOK-Förderrichtlinien haben eine Gültigkeit von 2023-2025. Die Förderperiode umfasst somit wie schon in den beiden vorangegangenen Förderperioden drei Jahre.

- Gilt die neue Mindestteilnehmendenzahl von zehn Personen auch für Kurse, die vor dem 01.01.2023 gestartet sind?

Ja, auch bei Kursen die vor dem 01.01.2023 gestartet sind, gilt die Mindestteilnehmendenzahl von zehn Personen

- Wie hoch ist das Lehrkräfte-Honorar je UE?

Aktuell liegt der Honorarhöchstsatz bei 35,10 € je UE.

- Wo finden wir die Vorlagen für die Tätigkeitsdarstellungen?

Das Bundesamt stellt den Zentralstellen die Vorlagen spätestens mit dem Versand des Zuwendungsbescheides zur Verfügung. Einzelträger, die bis zum 30.06.2023 gefördert werden,

müssen keine Tätigkeitsdarstellungen vorlegen.

- Welche Fristen gibt es für die Verwendungsnachweise? Müssen sie jährlich oder halbjährlich erstellt werden?

Für die Zentralstellen gelten die Vorlagefristen gemäß ANBest-P Nr. 6 sowie Zuwendungsbescheid. Die Zentralstellen können im Rahmen der individuellen Weiterleitungsvereinbarungen für die Kursträger kürzere Vorlagefristen regeln.

- Wo finden wir eine Übersicht über die aktuell laufenden EOK?

Eine Übersicht über die EOK findet sich bei BAMF-NAVI unter: <https://bamf-navi.bamf.de/de/Themen/Integrationsprojekte/> (auf „Integrationsprojekte“ klicken, bei „Typ“ EOK auswählen). Dort können interessierte Personen direkt nach einem Kurs in ihrer Umgebung suchen. Zudem steht eine monatliche Gesamtübersicht über die laufenden EOK über www.bamf.de/eok-traeger zum Download zur Verfügung.

- Wie erfolgt die Pflege der Kursdaten ins BAMF-NAVI?

Die Daten in BAMF-NAVI werden vom Bundesamt eingepflegt. Im Sinne der Datenqualität ist es wichtig, dass die Kursträger die Kursbasisdaten (insbesondere die Adressen der Kursorte) im Online-Monitoring auf dem aktuellsten Stand halten, da sie in BAMF-NAVI übertragen werden.

- Die Förderrichtlinien definieren unter Punkt 4.3, welche Kriterien neu eingesetzte Lehrkräfte erfüllen müssen. Betrifft das ausschließlich Honorarkräfte?

Nein, die Kriterien müssen sowohl von Honorarlehrkräften als auch angestellten Lehrkräften erfüllt werden. Die Regelungen gelten aber nur für Lehrkräfte, die in der Förderperiode 2023-2025 neu eingesetzt werden, d.h. die zuvor noch nicht in einem EOK als Lehrkraft tätig waren.

- Punkt 4.4. der Förderrichtlinien definiert bzgl. Verwaltungsmitarbeitenden: „geplante Personalwechsel sind dem BAMF vorab mitzuteilen“. Betrifft das nur die Zentralstelle oder auch die Kursträger?

Die Zentralstellen melden etwaige Personalwechsel – durch die Vorlage der Tätigkeitsdarstellung – an das BAMF. Kursträger melden etwaige Personalwechsel – ebenfalls durch die Vorlage der Tätigkeitsdarstellung – an die jeweilige Zentralstelle.

Nürnberg, März 2023

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Referat 81C – Steuerung und Qualitätssicherung der Projektarbeit, Integration durch Sport